Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 33.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 21,
Louis Lösche, Katharinenstraße 18, p.
nur bis ½3 Uhr

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 18,100.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk.,
durch die Post bezogen 6 Mk.
Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
ohne Postbeförderung 39 Mk.
mit Postbeförderung 48 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich
die Spaltzeile 50 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 364. Sonntag den 30. December 1883. 77. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Um bei Ausgabe der Legitimationskarten zum Abholen des Tageblattes beim Quartalwechsel den Andrang möglichst zu beschränken, haben wir die Einrichtung getroffen, daß

Karte und Rechnung bereits von heute an

in Empfang genommen werden können.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Amtlicher Theil.

Oeffentliche Sitzung der Stadtverordneten

Mittwoch, am 2. Januar 1884, Abends 6 Uhr, im Saale der I. Bürgerschule.

Tagesordnung:

I. Wahl des Vorstehers und der beiden Vicevorsteher.
II. Wahl der Mitglieder des Wahlausschusses.
III. Bestimmung desjenigen neugewählten Mitgliedes aus der Classe der Anfässigen durch das Loos, welches Ende 1884 auszuscheiden hat.

Bekanntmachung.

Schnee und **Eis** kann in diesem Winter auf folgenden Plätzen abgeworfen werden:

1) an der Böschung des aufgefüllten Platzes an der **Lindenauer Chaussee** und dem **Leutzscher Wege**,
2) auf der am **Dösener Wege** circa 600 Schritte oberhalb der Fabrik der Herren Götz & Reßmann, gegenüber dem Maschinenhause des Bayerischen Bahnhofs gelegenen Parzelle Nr. 2475 der Stadtflur,
3) auf dem Feldstück an der **verlängerten Bayrischen Straße** in der Nähe der 6. Bürgerschule,
4) auf dem Feldstück zwischen dem **Täubchenwege** und dem **Eilenburger Bahnhofe.**

Die vorgedachten Plätze sind durch Placattafeln bezeichnet.

Leipzig, den 19. December 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr Georgi. Hennig.

Quittung.

Für das Unterlassen der Zusendung von Neujahrskarten zahlten ferner an das Armenamt:

Herr Stadtrath A. Türr	6 ℳ
" " Schmidt-Söhlmann	6 ℳ
" " Wagner	6 ℳ
" " Nagel	6 ℳ
" " Scharf	6 ℳ
" Dr. P. J. Mähius	6 ℳ
" Bürgermeister a. D. Dr. Eduard Stephani	6 ℳ
" Pastor emerit. Berger	6 ℳ
" Consul Hermann Beckmann	6 ℳ
" Adolph Lit	6 ℳ
" Theodor Wagner	6 ℳ
" Georg Ihle	6 ℳ
" Carl August Becker	6 ℳ
" Rechtsanwalt Moritz Heutschel	6 ℳ
" Moritz Merfeld	6 ℳ
" Architekt Moritz Münch, Firma Carl Schreiber	6 ℳ
Frau Fuß-Sellier	6 ℳ
Herr Julius Loewe	6 ℳ
" Paul Kürsten, Buchdruckereibesitzer	6 ℳ
" Rechtsanwalt L. Scheuffler	6 ℳ
" Adolf Roßbach	6 ℳ
" Alexander Edelmann	6 ℳ
" Geheimer Hofrath Professor Dr. Wach	6 ℳ
" W. Dodel	6 ℳ
" Edmund Becker	6 ℳ

worüber wir hiermit dankend quittiren.

Leipzig, den 29. December 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Armen-Amt.)
Ludwig-Wolf. Lange.

Aufgebotsverfahren.

Nachstehendes Aufgebot:

„Der Gutsbesitzer **Jacob Thanisch** in Berncastel an der Mosel hat das Aufgebot von acht Stück im Laufe des Monats October 1882 ihm abhanden gekommenen Stammprioritäts-actien der Saal-Eisenbahn-Gesellschaft über Einhundert Thaler Preuß. Cour. Nr. 22028, 22029, 22030, 22031, 22060, 22061, 22062 und 22063 beantragt. Der Inhaber der Urkunden wird aufgefordert, spätestens in dem auf

den 4. Januar 1884, Vormittags 10 Uhr,

vor dem unterzeichneten Gerichte anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunden vorzulegen, widrigenfalls die Kraftloserklärung der Urkunden erfolgen wird.

Jena, den 1. November 1883.

Das Großherzoglich Sächsische Amtsgericht, Abth. I.
ges. R. Pabst."

wird in Gemäßheit §§. 842, 187 der Civilproceßordnung hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht.

Jena, den 2. November 1883.

Der Gerichtsschreiber
Großherzogl. Sächs. Amtsgerichts.
Referendar Zeise
i. V.

Bekanntmachung.

Die bei der Gemeinde Plagwitz erledigte Cassirerstelle mit einem Jahresgehalt von 1800 ℳ soll baldigst besetzt werden. Der Cassirer hat in guten Werthpapieren 5000 ℳ Caution zu stellen.

Ferner soll ein Polizei-Expedient mit einem Jahresgehalt von 900 ℳ angestellt werden. Gesuche sind bis 10. Januar 1884 bei dem Unterzeichneten einzureichen. Dem Gesuche sind Zeugnisse beizufügen, sowie Angaben über die Vorbildung und die jetzige innehabende Stellung.

Plagwitz, den 27. December 1883.

Der Gemeinderath.
Uhlig, G.-V.

Im Hofe des hiesigen Amtsgerichtsgebäudes sollen **Mittwoch, den 2. Januar 1884, 10 Uhr Vormittags,** circa 10,000 Mauer- und Verblendziegeln, 31 Schock Schalbretter, Dachrohr, zwei Balconverkleidungen, Steinkarren, Rüststämme und eine Leiter versteigert werden.

Leipzig, den 22. December 1883.

Bielß, Gerichtsvollzieher.

Nichtamtlicher Theil.

Rückblicke auf das Jahr 1883.

II.

Die Kriegsbefürchtungen, unter welchen die friedliche Entwicklung Europas im vergangenen Jahr litt, gingen von zwei Seiten aus: von Frankreich und von Rußland. In Frankreich war es der Tod Gambetta's, welcher dem Rachedurst gegen Deutschland neue Nahrung gab, so daß es fast schien, als wolle man sogleich über die Ostgrenze marschiren. Ein Ereigniß, welches die Aufmerksamkeit der Franzosen auf ihre innere Entwicklung lenkte, war das Manifest, welches der Prinz Napoleon am 15. Januar in Paris öffentlich anschlagen ließ. Das Haupt der Bonapartisten wollte den Thron Frankreichs in Besitz nehmen, nachdem der nächste Anwärter für den Präsidentenstuhl mit Tode abgegangen war, und zugleich wollte er den Legitimisten zuvorkommen, von welchen in nächster Zeit eine Schilderhebung zu Gunsten des Grafen Chambord erwartet wurde. Für den Urheber dieses verwegenen Schrittes erwuchsen aus demselben keine schlimmen Folgen, denn die kurze Haft, welche ihm das Manifest einbrachte, wurde bald durch Richterspruch aufgehoben, ein Versuch, die bestehende Staatsform umzustürzen, wurde in der Veröffentlichung des Aufrufs nicht erkannt. Aber nach einer andern Seite hin wirkte das Manifest verderblich. Lecrey stellte in der Deputirtenkammer den Antrag, daß die Prinzen von Orleans aus Frankreich verbannt würden, weil sie als Prätendenten die Ruhe des Landes und die Sicherheit der Republik gefährdeten. Bereits am 1. Februar nahm die Kammer mit 373 gegen 163 Stimmen einen Gesetzentwurf an, welcher die Prinzen von Orleans von der Armee und den Civilämtern ausschließt, ihnen das passive Wahlrecht aberkennt und sie für den Fall einer Prätendentenhandlung aus Frankreich verbannt. Drei Tage zuvor hatte das Ministerium Duclerc seine Entlassung eingereicht und man mußte mehrere Tage vergeblich nach einem Kriegsminister suchen, welcher die Verantwortlichkeit für das Vorgehen gegen die Prinzen übernehmen wollte. Endlich fand sich Thibaudin, aber das Ministerium Fallières war schon am 12. Februar nicht mehr am Ruder. Bis zum 22. Februar führte es noch die Geschäfte fort und dann trat Ferry an die Spitze der Geschäfte. Die Meinungsverschiedenheit mit dem Senat wurde dadurch ausgeglichen, daß die Regierung sich des Gesetzes von 1834 bediente, um die Prinzen von Orleans aus der Armee auszustoßen. Am 25. wurde das Decret unterzeichnet, welches die Herzöge von Aumale, Chartres und Alençon in Inactivität versetzte. Die dadurch erzeugte Aufregung im Lande und in der Armee war nicht unbedeutend und gab eine Zeit lang zu ernsten Besorgnissen Anlaß. Aber die öffentliche Aufmerksamkeit in Frankreich wurde bald nach einer anderen Seite abgelenkt. Clemenceau stellte, um den ihm verhaßten Senat zu beseitigen, am 6. März den Antrag auf Verfassungsrevision, drang jedoch damit nicht durch. Die Leidenschaften der erwerblosen Bevölkerung, welche durch die Zwistigkeiten im Innern aufgestachelt waren, führten am 9. März zu einer Kundgebung, welche in die Plünderung einiger Bäckerladen ausartete. Die wichtigste Folge dieses Putsches war die Verhaftung und Verurtheilung der Louise Michel zu sechsjähriger Gefängnißstrafe.

Bald darauf begannen die Verwicklungen, welche Frankreichs Kräfte in überseeischen Ländern in Anspruch nahmen, darunter in erster Linie der Krieg wegen Tonkin. Am 20. März griffen 4000 Anamiten Hanoi an, dessen Citadelle von den Franzosen unter Rivière besetzt war, der Angriff wurde zurückgeschlagen, aber zwei Monate später, am 20. Mai fiel Rivière in einen Hinterhalt und wurde mit dem größeren Theil der Seinigen getödtet. Schon am 19. April waren 2000 Mann den Franzosen in Tonkin zu Hilfe gesandt worden, aber sie kamen zu spät, um die Katastrophe vom 20. Mai verhindern zu können. Von jetzt ab bildete die Tonkinaffaire den Punct, no die Gegner des Ministeriums Ferry stets ansetzten, um es zu stürzen, ohne daß ihnen dies bisher gelungen wäre. Ferry und Challemel-Lacour wußten alle Angriffe des Herzogs von Broglie im Senat und des Abgeordneten Clemenceau in der Deputirtenkammer geschickt zu parriren, so daß noch in neuester Zeit ein Credit von 20 Millionen für Tonkin für das Jahr 1884 bewilligt wurde, obwohl es klar ist, daß die Regierung, ohne die Kammer zu befragen, auf eigene Verantwortung ein Unternehmen begonnen hat, dessen Folgen noch nicht abzusehen sind und welches leicht sich zu einem großen Kriege mit China entwickeln kann.

Noch im Laufe des Monats April fanden in Italien Debatten in der Kammer statt, welche in ganz Europa das größte Aufsehen erregten, weil aus den Erklärungen, welche der Minister Mancini abgab, hervorging, daß nicht nur freundschaftliche Beziehungen zwischen Italien einerseits und Oesterreich und Deutschland andererseits beständen, sondern daß ein Bündniß zwischen diesen drei Mächten abgeschlossen sei. Auch im französischen Senat kam diese Angelegenheit am 1. Mai zur Sprache und Challemel-Lacour erwiderte auf die Anfrage des Herzogs von Broglie, daß man sich in Fällen, in denen öffentliche Besprechungen mit Gefahren verbunden seien, Schweigen auferlegen müsse, eine Antwort, welche besonders in Deutschland mit großer Befriedigung aufgenommen wurde, weil man daraus ersah, daß der Zweck des Bündnisses in Frankreich verstanden wurde und daß es dort die erwünschte Wirkung hervorgebracht habe.

Der Tod des Grafen Chambord am 24. August und die demselben vorangegangene Krankheit des französischen Thronprätendenten nahmen die Franzosen so vollständig in Anspruch, daß sie den Rachegedanken, welche sie gegen Deutschland hegten, nicht nachhängen konnten, obwohl der Kriegsminister Thibaudin es nicht an Mahnungen fehlen ließ, daß seine Landsleute die Hauptsache nicht aus den Augen verlieren möchten. Diese in Frankreich Alles beherrschende Empfindung kam erst wieder mit voller Gewalt zur Geltung, als zwei Ereignisse eintraten, welche die Franzosen nahezu in Raserei versetzten, obgleich dazu auch nicht die geringste Veranlassung vorhanden war. Die Verleihung des preußischen 15. Ulanen-Regiments an den König Alfons von Spanien wurde in Paris als eine Herausforderung an Frankreich gedeutet, weil der Standort dieses Regiments Straßburg im Elsaß ist und die Enthüllung des Denkmals auf dem Niederwald rief das Andenken an die Niederlagen der Jahre 1870/71 mit einer Kraft wach, daß die französischen Blätter vor Wuth gegen Deutschland schäumten und nicht viel hätte gefehlt, so wäre den Worten auch die That gefolgt.

Dennoch gewann endlich die ruhige Ueberlegung wieder die Oberhand über die Leidenschaft und nicht wenig trug zur Wiedergewinnung des moralischen Gleichgewichts die Reise des deutschen Kronprinzen nach Spanien bei, da sich während derselben zeigte, wie wenig die Spanier die Gefühle der Franzosen gegen Deutschland theilten und daß die Pariser Kundgebungen nicht im Stande gewesen waren, die persönlichen Sympathien des Kronprinzen für Frankreich auszulöschen. Noch während der Abwesenheit des Prinzen wurde der französische Botschafter Baron Courcel vom deutschen Kaiser und vom Reichskanzler empfangen und die Befriedigung, welche das Ergebniß dieser Unterredungen auf beiden Seiten zurückgelassen hat, läßt darauf schließen, daß nunmehr ernster Anlaß zu kriegerischen Befürchtungen in Betreff Frankreichs gegenwärtig nicht mehr vorhanden ist.

Leipzig, 30. December 1883.

* Aus Berlin wird uns vom Freitag geschrieben: „Nachdem gestern eine Sitzung des Staatsministeriums stattgefunden, ist Herr von Puttkamer zu Fürst Bismarck nach Friedrichsruh abgereist. Wie verlautet, steht den Abgeordneten unmittelbar nach dem Wiederzusammentreten des Hauses am 8. Januar 1884 abermals eine große Ueberraschung in Aussicht; es wird nämlich wiederum eine kirchenpolitische Novelle ausgearbeitet, und soll das Gesetz den Abgeordneten so zeitig zugehen, daß die erste Lesung noch im Januar stattfinden kann. Ueber den Inhalt des Entwurfs waltet noch absolutes Geheimniß, doch dürfte man trotz des Dementis der „Kreuzzeitung" nicht fehlgehen in der Annahme, daß es sich um eine Milderung der Forderungen handelt, welche in Beziehung auf die Ausbildung der Geistlichen durch die Maigesetze festgestellt worden sind. Diese Annahme gewinnt um so mehr an Wahrscheinlichkeit, wenn man sich erinnert, daß das vorgeschriebene „Culturexamen" der evangelischen Geistlichkeit ebenso verhaßt ist wie der katholischen, und daß auf der letzten General-Synode außer anderen hohen kirchlichen Würdenträgern ganz besonders der Generalsuperintendent und Oberhofprediger Dr. Kögel sich gegen dieses Gesetz aussprach. Minister v. Goßler stellte zudem bei Einbringung der vorigen kirchenpolitischen Novelle die Fortsetzung dieser Art Gesetzmacherei in sichere Aussicht, wenn sich das vorige Gesetz bewähren, d. h. die katholische Geistlichkeit „in die dargebotene Hand" einschlagen würde. Dies ist nach Ansicht der k. Staatsregierung der Fall gewesen, und wird Herr v. Goßler bei der Berathung des Cultusetats dies zu begründen in mündlicher Rede bemüht sein, außerdem aber sollen dem Landtag noch die Nachweisungen über die im Laufe des vergangenen Jahres erfolgte Wieder- resp. Neubesetzung vacanter Pfarreien, über die Zulassung von Krankenpflege-Orden u. s. w. zugehen, woraus entnommen werden soll, daß der Culturkampf nicht nur an Heftigkeit bedeutend nachgelassen habe, sondern auch die vordem beklagten traurigen Wirkungen zum größten Theil aufgehoben sind. Es wird abermals an die Friedensliebe der Curie appellirt werden und abermals darf man gespannt sein, wie die Rathgeber des Papstes dem Appell entsprechen werden. Jedenfalls ist der Zeitpunct zur Einbringung des kirchenpolitischen Gesetzes gut gewählt, denn wenn das Centrum nicht gewonnen wird, ist das Gesetz über die Capitalrentensteuer ernstlich gefährdet. Indessen haben Herr Windthorst und Herr Schorlemer-Alst sich so vorsichtig ausgesprochen, daß ihnen die Hände nach keiner Richtung hin gebunden sind. Die Spannung, welche zwischen diesen beiden Führern des Centrums am Ende der vorigen Session eingetreten war, ist völlig beigelegt, und Herr von Schorlemer denkt nicht mehr daran, wie er im Reichstage im Frühjahr fest versicherte „wegen erschütterter Gesundheit" vom parlamentarischen Leben sich zurückzuziehen. Wird durch das kirchenpolitische Gesetz das Centrum gewonnen, so ist das Capitalrentensteuergesetz so ziemlich gesichert, wenn es auch jedenfalls in der Commission einschneidende Veränderungen erfahren wird. — Die Nachricht verschiedener Blätter, daß Fürst Bismarck die Absicht habe, nach Neujahr nach Berlin zu kommen, um sich an den Verhandlungen über die Steuerreformgesetze zu betheiligen, entbehrt, wie aus zuverlässiger Quelle versichert wird, jeder Begründung. Es ist richtig, daß der Gesundheitszustand des Kanzlers ein durchaus befriedigender ist; dieses Wohlbefinden wird aber ganz besonders dem Landaufenthalt und der nach Möglichkeit festgehaltenen Entfernung von Geschäften zugeschrieben, und gerade deshalb wird der Fürst, dem Rathe des Prof. Schweninger und seinem eigenen Wunsche entsprechend, bis zum Frühjahr auf seinem Landsitz verweilen. Der Reichstag dürfte übrigens frühestens Ende Februar zusammentreten. Einerseits lassen vorher die dringenden und drängenden Geschäfte des preußischen Landtags ein Nebeneinanderlagen der beiden parlamentarischen Körperschaften nicht zu, andererseits ist aber auch das Unfallgesetz, auch nachdem Geh. Rath Gamp sich den Wünschen des Kanzlers mehr gefügt, noch keineswegs so weit vorgeschritten, um an die verbündeten Regierungen abgesandt zu werden. Doch wenn auch der Reichstag erst Ende Februar zusammentritt, und obgleich er diesmal keine große Etatsberathung zu erledigen hat, so wird doch ein längeres Nebeneinander von Reichstag und Landtag auch diesmal nicht zu vermeiden sein, und es steht eine parlamentarische Campagne in Aussicht, welche — was man vordem fast für unmöglich gehalten hatte — die der vorigen Saison an Schwierigkeit, Mühe und Anstrengung noch übertreffen dürfte. Denn da in Preußen außer dem Etat, den Steuergesetzen, der Eisenbahnverstaatlichungsvorlage, der Hannoverschen Kreis- und Provinzialordnung, der Jagdordnung, dem oben erwähnten kirchenpolitischen Gesetz, dem Schuldotationsgesetz noch diverse andere mehr oder minder wichtige Vorlagen zu erledigen sind, so kann, selbst wenn die Anträge aus dem Hause, besonders der Reichensperger'sche, und die Petitionen völlig zurückgesetzt werden und das Abgeordnetenhaus wöchentlich sechs Sitzungen hält, dieses doch bei größter Anspannung nicht bis Ende April fertig werden. Die diesmalige parlamentarische Saison wird also jedenfalls einen großen Theil von Resten, „schätzbares Material" für spätere Sessionen zurücklassen und gleichwohl mindestens bis in den Juli sich hinziehen."

* **Die von der „National-Zeitung" über die Unterredung des deutschen Kronprinzen mit dem Papste** mitgetheilten Einzelheiten würden, wenn die Mittheilung als zuverlässig angesehen werden kann, in erwünschtester Weise Licht über den bisher in Dunkel gehüllten Hergang verbreiten und den ultramontanen Versuchen, für das Ansehen des Papstthums Capital daraus zu schlagen, ebenso vollständig ein Ende bereiten, wie den von anderer Seite noch immer laut werdenden Besorgnissen, daß der Erbe der deutschen Kaiserkrone einen Canossagang gemacht habe. Die Mittheilungen, nach denen der Papst Erklärungen über eine Reihe von Fragen des kirchenpolitischen Streites in Preußen wünschte, aber hierbei einer bestimmten Ablehnung begegnete, stimmen mit einer ähnlichen früheren Meldung eines römischen Blattes überein. Man wird, nachdem nun einmal derartige Einzelheiten — ob wahr oder irrthümlich — in die Oeffentlichkeit gebracht sind, hoffentlich auf eine zuverlässige Aufklärung nicht mehr lange zu warten brauchen. Die Unsicherheit, welche allen möglichen Ausstreuungen und Vermuthungen freies Spiel läßt, ist kein erfreulicher Zustand.

* **Die halbamtliche „Provinzial-Correspondenz"** bringt die folgende Betrachtung „zum Jahresschluß":

Friedlich, wie es begonnen, ist das Jahr zu Ende gegangen, welches das erste Vierteljahrhundert der Regierung unseres Königs, des Kaisers zum Abschluß brachte. Ungebeugt von der Last des Alters, unerschüttert von den Tagen ernster Trauer und heftiger Erregung, die ihm auch das abklingende Jahr beschieden, trägt der glückliche Monarch des Jahrhunderts die Würde des hohen Amts weiter, welches, ihm zur Ehre und dem Vaterlande zum Heil, von der Vorsehung auf seine Schultern gelegt worden. Dankbar darf der Deutsche rühmen, daß es an den Segnungen, welche die Regierung Kaiser Wilhelm's stetig begleiteten, auch während des Jahres 1883 nicht gefehlt hat. Der rückschauenden Betrachtung bietet sich eine ganze Reihe unzweifelhafter Erfolge dar. Die große socialreformatorische Aufgabe, welche das neue Reich übernommen, ist um einen wichtigen Schritt weiter gefördert, auf dem Gebiete der Gewerbegesetzgebung die dringendsten Maßstände gelegt worden, welche der Uebergang aus der Enge der alten in die freieren Bahnen der neuen Verhältnisse unvermeidlich mit sich gebracht hatte. Von der Politik, der es gelungen ist, dem gesammten Vaterlande die Bedingungen einer ersprießlichen Wirthschaftsentwickelung zu erneuern, dem preußischen Staate das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben wiederzugeben, die auf den ärmeren Bevölkerungsclassen drückenden Lasten zu vermindern, die Verwaltungsgesetzgebung in die richtigen Bahnen zu lenken und in Sachen der Wiederherstellung des kirchlichen Friedens einen wichtigen neuen Fortschritt zu verzeichnen, von einer solchen Politik darf gehofft werden, daß sie auch der noch übrig gebliebenen Schwierigkeiten Herr zu werden wissen würde. Die Hemmungen, welche mangelndes Verständniß der wichtigsten Zeitaufgaben und eigensüchtiger Parteigeist der Arbeit für die Besserung der Lage der arbeitenden Classen und für eine den Forderungen der Gerechtigkeit und des Staatsbedürfnisses entsprechende Umgestaltung des Steuerwesens in den Weg gelegt haben, sind noch nicht überwunden. Diese Hemmnisse werden und müssen sich aber in demselben Maße mindern, in welchem die bisher erzielten Resultate der Reformpolitik des Kaisers die Richtigkeit des eingeschlagenen Weges und die Unerläßlichkeit einer von den Schwankungen des Parteigeistes unabhängigen Macht der Krone zum allgemeinen Bewußtsein bringen. Der heilsame Wandel des öffentlichen Geistes, der sich während der letzten Jahre angebahnt und vielfach zu einer richtigeren Auffassung des deutschen Staates, seiner Bedürfnisse und seiner Existenzbedingungen geführt hat, ist auch während des Jahres 1883 nicht unbezeugt geblieben. Wir dürfen darum vertrauen, daß die wahren und gesunden Kräfte der Nation stetig und in erhöhtem Maße der Staatsregierung zur Seite stehen und ihr die Erfüllung ihrer Aufgaben erleichtern werden.

Die äußeren Bedingungen einer günstigen Weiterentwickelung des deutschen Staats- und Wirthschaftslebens haben während des hinter uns liegenden Zeitabschnittes sichtlich an Festigkeit gewonnen. Das Einvernehmen der schirmenden Mächte des Weltfriedens ist nicht nur nicht erschüttert, sondern um neue Bürgschaften bereichert worden, das Vertrauen des Auslandes zu der Friedlichkeit der deutschen Politik und zu der Friedenstendenz der von ihr geschlossenen Verbindungen hat sich allenthalben gekräftigt, die große Haft der während des verflossenen Sommers und Herbstes stattgehabten Begegnungen gekrönter Häupter wesentlich dazu beigetragen, den Ausblick in die politische Zukunft des Welttheils zu erhellen. Mit besonderem Dank werden wir und dabei des hohen Verdienstes zu erinnern haben, welches der glücklich heimgekehrte Erbe der deutschen Krone um die Befestigung der allgemeinen Friedenszuversicht und des Einvernehmens zwischen den Völkern des mittleren und des südlichen Europas erworben hat. Wenn die Empfindung, daß die gemeinsamen Interessen der Culturvölker größer und gewichtiger sind als die Momente der Trennung und Rivalität, beim Jahresschlusse in dem größten Theile Europas vorwaltet, so darf unser Kronprinz sich rühmen, Wesentliches dazu beigetragen und durch sein Erscheinen den Glauben an die Friedensmission des deutschen Volkes bis über die Pyrenäen und Alpen hinaus mächtig gefördert zu haben. In den Ländern, welche den Sohn des deutschen Kaisers mit Kundgebungen warmer und herzlicher Sympathie begrüßten, hat es die Lösung bestimmter Aufgaben der Politik nicht gegeben. Eben darum wird es uns mit hoher Befriedigung erfüllen, daß der Träger der deutschen Zukunft allenthalben, wo er erschienen, eine Aufnahme gefunden hat, die Bürgschaft dafür leistet, daß auch fern von der deutschen Grenze die Sammlung der Kräfte des deutschen Volkes von den Freunden des Friedens und der bestehenden Ordnung anerkannt und ihrer wahren Bedeutung nach gewürdigt wird.

So vollzieht der Uebergang aus dem alten in das neue Jahr sich unter den Zeichen vorschreitender innerer Entwicklung und sichtbarer Befestigung der Bedingungen des äußeren Friedens. Möchte unserem Volke beschieden sein, durch richtige Benutzung der Gunst der Verhältnisse den Beweis zu führen, daß es dieselbe zu verdienen weiß.

* An Stelle des Geh. Raths Lohmann ist bekanntlich der vortragende Rath im Handelsministerium und im Reichsamt des Innern, Herr Gamp, mit der Ausarbeitung des **Unfallversicherungsgesetzes** beauftragt worden. Es ist deshalb von Interesse, über die socialpolitischen Ansichten desselben etwas Näheres zu erfahren. Wir entnehmen darüber einem Artikel der „Pos. Ztg." Folgendes:

Vor drei Jahren war Herr Gamp Regierungsassessor und Hilfsarbeiter bei der Eisenbahndirection in Wiesbaden. Damals schrieb er ein Buch: „Die wirthschaftlich-socialen Aufgaben unserer Zeit auf industriellem und landwirthschaftlichem Gebiete". Er wurde Regierungsrath und als Hilfsarbeiter in das Handelsministerium gezogen, dessen Chef bekanntlich der Fürst Bismarck ist. Gamp schrieb dann 1883 noch ein Buch über den landwirthschaftlichen Credit und wurde vortragender Rath. Die jüngste Schrift Gamp's über den landwirthschaftlichen Credit wirft der agrarischen Bewegung vor, daß sie viel zu bescheiden und zahm auftrete. Dem kleinen Grundbesitz, welcher nicht mehr Ertrag biete, als zum Unterhalt der Besitzerfamilie ausreiche, müsse überhaupt das Recht, Hypotheken aufzunehmen, abgesprochen werden, da der kleine Grundbesitz keine Realsicherheit biete und